

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d



## Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, kommentiert jüngste außenpolitische Aktivitäten der Bundesregierung: Nicht im deutschen Interesse.

Seite 1

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, fordert die Bundesregierung auf, im Bundestag über ein Veto-Recht gegen den Einsatz von US-Raketen abstimmen zu lassen: Entscheidung überfällig.

Seite 3

Egon Lutz MdB fordert die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg auf, die Bundesregierung nicht länger in Schutz zu nehmen: Schönfärberei hilft nicht.

Seite 4

Guhrun Weyel MdB wirft der Bundesregierung vor, mit ihrer Wein-Politik die Interessen der Winzer zu mißachten: Unterstützung erforderlich.

Seite 6

### Dokumentation

Die Selbstaufgabe der Kohl/Genscher-Regierung auf dem Gebiet der Außenpolitik unter dem Druck von Strauß belegt eine Zitatensammlung.

Seite 7

30. Jahrgang / 211

3. November 1983

Kurskorrekturen, die nicht im deutschen Interesse liegen

Die "Kontinuität" der Bonner Außenpolitik zerbricht an den Widersprüchen in der Koalition

Von Wolfgang Clement  
SPD-Vorstandssprecher

Die Außenpolitik der Bundesregierung bietet derzeit ein bedrückendes Bild. Es wird wesentlich geprägt von inneren Widersprüchen zwischen den Bonner Koalitionsparteien und innenpolitischen Opportunismen. Im Ergebnis vollziehen sich dabei, schlingernd und stolpernd, außenpolitische Kurskorrekturen, die nicht im deutschen Interesse liegen können.

Drei Beispiele aus jüngster Zeit belegen dies.

Beispiel 1: Grenada. Nachdem das Bundeskabinett die mit dem Völkerrecht nur unter Anwendung intellektueller Gewalt zu vereinbarende US-Invasion auf der Insel in der Karibik zunächst wenigstens distanziert bis kritisch kommentiert hatte, haben anschließend der Regierungssprecher und nach ihm der Bundeskanzler - in Tokio - diese Haltung revidiert und Verständnis für den (unter Außerachtlassung jeglicher Konsultation) vorgenommenen amerikanischen Schritt aufgebracht. Dies war ganz unverkennbar eine Folge der massiven Intervention des CSU-Vorsitzenden Strauß, der damit seinen Einfluß auf die heutige Außenpolitik der Bundesrepublik nachdrücklich ins Gedächtnis rief. Strauß ging es dabei ersichtlich um zweierlei: Zum einen den Kanzler und seinen Außenminister auseinanderzutreiben, und zweitens die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik am Beispiel Zentralamerikas auf den Schwarz-Weiß-Kurs der US-Administration zu trimmen. Beides ist ihm gelungen, zum Nachteil des Ansehens der Bundesrepublik in der Dritten Welt und sicher nicht zur Förderung der internationalen Friedensbemühungen in Zentralamerika und der Karibik. Hier vollzieht sich peu a peu ein gravierender Bruch in der außenpolitischen Linie der Bundesrepublik.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

Veröffentlicht im Auftrag  
des Sozialdemokratischen  
Pressevereins



Beispiel 2: Der Kanzler-Besuch in Japan. Es ist zutiefst bedrückend, wie sehr Helmut Kohl seine Aufwartung in Tokio unter den Eindruck der Raketenfrage hat geraten lassen. Statt die Frage einer freien Handelspartnerschaft zwischen unseren beiden Ländern zu forcieren, hat der Kanzler den fatalen Eindruck vermittelt, es ginge zuallererst um die Schmiede einer neuen deutsch-japanischen Waffenbrüderschaft. Wer sich veranlaßt sieht zu betonen, seine Regierung sei "nicht raketensüchtig", hat Grund zu einer solchen Beteuerung. Es widerspricht allen Erfahrungen, daß eine solche Politik, die aus sowjetischer Sicht die vermeintliche "Einkreisungsgefahr" bestätigt, die Moskauer Flexibilität in den Abrüstungsverhandlungen erhöhen könnte. Aber darauf zählt die Bundesregierung in Wahrheit auch gar nicht mehr, wie die sich überschlagenden Ankündigungen der bevorstehenden Raketenstationierung in der Bundesrepublik zeigen. Daß der Kanzler mit seinen Stationierungserklärungen in Tokio seine einschlägige Regierungserklärung in Bonn am 21. November zu einer Farce gemacht hat, paßt in dieses Bild.

Beispiel 3: Der Bundesaußenminister tingelt unterdessen durch die Welt und sucht den Eindruck zu vermitteln, ungeachtet der gefährlichen rüstungspolitischen Entwicklung werde die Entspannungspolitik zwischen Ost und West ungebrochen weitergehen. Diese wirklichkeitsferne Darstellung ist beinahe nur noch erklärbar aus der allerdings nicht neuen Beobachtung, daß Hans-Dietrich Genscher Entspannungspolitik mit der advokatorischen Abwicklung von Gesprächsterminen verwechselt, während ihm die entspannungspolitische Substanz unter der Hand zerbröselt. Darüber ist nicht zu übersehen, wie sehr der Außenminister in diesen Tagen als FDP-Vorsitzender unterwegs ist: Lange nicht mehr war ihm das Wort "Entspannungspolitik", das er im jüngsten Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung nicht unterzubringen wußte, so wertvoll wie jetzt, da es ihm vor dem FDP-Parteitag darum gehen muß, die letzten widerspenstigen Liberalen einzufangen. Hier wird Außenpolitik in den Dienst parteipolitischer Opportunitäten gestellt.

Alles in allem: Diese Bundesregierung ist unter dem Wort außenpolitischer "Kontinuität und Berechenbarkeit" angetreten. Sie ist auf dem Wege, ihr Wort zu brechen, zum Nachteil des außenpolitischen Gewichts und des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland.

(-/3.11.1983/ks//rs)

+ + +



Über Veto-Recht im Bundestag abstimmen

Bundesregierung muß sich der Einspruchs-Forderung stellen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Antwort der Bundesregierung zur Forderung nach einem Veto-Recht der deutschen Bundesregierung gegenüber einem Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen von deutschem Boden aus ist so unzureichend, daß sie ihre Verunsicherung gegenüber der Vetorechtsforderung kaum verbergen kann. Die Bundesregierung verweist auf das bestehende Konsultationsverfahren und hält dies für ausreichend - dabei handelt es sich um ein Konsultationsverfahren, das in der Bundesregierung niemand außer dem Bundesverteidigungsminister kennt. Jedes andere Mitglied der Bundesregierung wäre nicht einmal imstande zu begründen, warum das Konsultationsverfahren angeblich ausreicht. Von den für jeden Verfassungsstaat selbstverständlichen Grundsätzen der Gewaltenteilung und Gewaltenteilung, die für jede nebensächliche Frage selbstverständlich sind, ist beim Thema eines für die ganze Nation lebensexistentiellen Waffeneinsatzes keine Rede mehr.

Dies kann nicht das letzte politische Wort der Bundesrepublik Deutschland dazu sein. Daß es bei der Frage eines Veto-Rechts auch in der CDU/CSU rumort, hat sich zwischenzeitlich mehrfach gezeigt. Es ist nun an der Zeit, daß die Diskussion über das Veto-Recht die Ebene des unverbindlichen Schlagabtauschs einzelner Politiker verläßt. Wenn am 21./22. November über die Stationierung diskutiert und entschieden wird, ist zugleich eine Debatte über einen Entschließungsantrag des Bundestages angebracht, der die Bundesregierung auffordern soll, sich gegenüber der amerikanischen Regierung für ein Veto-Recht einzusetzen. Spätestens wenn die CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundestag der Stationierung zugestimmt hat, ist im unmittelbaren Anschluß daran eine Abstimmung über den Anspruch der deutschen Bundesregierung auf ein Veto-Recht überfällig. Damit würde der deutsche Bundestag dem jüngsten Beispiel des britischen Parlaments folgen, in dem es zwei Abstimmungen gab: Zunächst über die Stationierung, anschließend - auf Antrag des SDP-Vorsitzenden David Owen - über das Veto-Recht.

Man darf dann einen gespannt sein, ob die Vetorechtsforderungen auch einzelner CDU/CSU-Politiker tatsächlich ernst gemeint sind oder lediglich geäußert wurden, um mit taktischem Geschick der Mehrheit der Bürger die Stationierung schmackhaft zu machen. Noch mehr darf man dann darauf gespannt sein, wieviel Wert die bei der Stationierung demonstrierte Einigkeit der CDU/CSU noch hat, wenn es über das Veto-Recht zu einer Bundestags-Abstimmung kommt.

(-/3.11.1983/ks/rs)

+ + +



Herr Stingl, lassen Sie die Schönfärberei  
-----

Anmerkungen zur Arbeitsmarktstatistik des Monats Oktober 1983

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ohne Zweifel, die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP wird jubeln. Die heute von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegte Presseinformation zur Arbeitsmarktstatistik für den Monat Oktober 1983 strotzt nur so von Streicheleinheiten für die Arbeitsmarktpolitiker dieser Koalition. So heißt es beispielsweise, der Arbeitsmarkt befinde sich in einer "Phase des konjunkturellen Übergangs", und die "Aufwärtstendenz" bei der Kräfte nachfrage und beim Stellenangebot hielte an.

Mit anderen Worten: Endlich wird ein Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Doch wird es das wirklich? - Oder brennt hier jemand Wunderkerzen ab, die nach kurzem Flackern dann wieder verlöschen werden?

Die allmonatlich zu beobachtende Tendenz zur Beschönigung der Lage jedenfalls muß den betroffenen arbeitslosen Menschen in unserem Land wie Hohn in den Ohren klingen.

Und arbeitslos waren im Oktober 1983 laut Statistik 2.147.800 Bundesbürger, das sind 13.600 und damit ein Prozent mehr als im Vormonat. Man kann nun wie die Bundesanstalt dies als einen für die Jahreszeit "äußerst geringen Anstieg" feiern und darauf hinweisen, daß die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen im Oktober 1983 merklich zurückgegangen sei.

Doch selbst Präsident Stingl wird nicht umhinkönnen, die außergewöhnlich gute Witterung in diesem Herbst als Hauptursache für diese Entwicklung in Rechnung zu stellen. Und auf das Wetter hat bekanntlich auch die "Wende"-Regierung keinen Einfluß.

Mit anderen Worten: Selbstgefällige Hinweise auf einen Verdienst der Regierung Kohl an einer vordergründig positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes im zurückliegenden Monat sollten tunlichst unterbleiben.

Die Arbeitslosenzahl ging im Oktober um 227.800 oder zwölf Prozent über die des Vorjahresmonats Oktober 1982 hinaus, und die Arbeitslosenquote betrug Ende Oktober 1983 8,7 Prozent gegenüber 7,9 Prozent vor einem Jahr. Im Oktober meldeten sich 315.900 Arbeitnehmer neu arbeitslos, das sind 14,6 Prozent mehr als im Vormonat.



Die Bundesanstalt für Arbeit verweist in diesem Zusammenhang allerdings nur darauf, daß diese Zahl wie in den Monaten August und September 1983 unter dem Zugang des Vorjahres zurückgeblieben sei, wobei vor allem der Zugang an Arbeitslosen, die zuvor in einem Arbeitsverhältnis standen, nachgelassen habe (Plus 24,9 Prozent gegenüber Vorjahresmonat und Minus 17,7 Prozent gegenüber Vormonat).

Doch dieses Wortgeklingel nach dem Motto "Die Lage ist hoffnungslos, doch nicht ernst", kennt man bereits zur Genüge aus den Nürnberger Verlautbarungen der zurückliegenden Monate.

So vermochte die Bundesanstalt auch eine "Belebung" beim Abgang aus der Arbeitslosigkeit festzustellen, der sich im Dritten Vierteljahr 1983 um 17 Prozent über dem Vorjahresniveau bewegt hätte.

Im Oktober wurden den Arbeitsämtern 98.700 offene Stellen neu gemeldet, das waren zwar 10,9 Prozent weniger als im Vormonat, doch 24,4 Prozent mehr als noch vor einem Jahr.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg von September auf Oktober um 78.300 oder 17 Prozent an, so daß nun 548.500 Arbeitnehmer in der Bundesrepublik kurzarbeiten müssen.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ging im Vormonat um 12.400 (sechs Prozent) zurück, sie lag mit insgesamt 186.700 Jugendlichen auf dem Niveau von 1982.

Wie man weiß, wird Präsident Stingl im März 1984 seinen Nachfolger im Amt an der Spitze der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit einführen müssen, das heißt er ist nur noch ein "Präsident auf Zeit".

Es ist im Interesse aller Beteiligten beziehungsweise Betroffenen zu wünschen, daß er nicht den Rest seiner Amtszeit weiterhin mit allmonatlicher Schönfärberei des Arbeitsmarktes vertut, sondern die Lage realistisch schildert.

Er sollte die Verantwortung scheuen, der Öffentlichkeit ein falsches Bild zu malen und die Tu-Nix-Regierung in Bonn in ihrem beschäftigungspolitischen Nichtstun zu bestärken. Präsident Stingl hat hierzu bis zum März noch drei Mal die Gelegenheit.

Niemand sollte übermäßig schwarz malen, doch es ist auch niemanden gedient, wenn man weiterhin guten Mutes und fröhlich pfeifend auf die Drei-Millionen-Grenze bei den Arbeitslosenzahlen zumarschiert. Im Gegenteil, der allgemeine Schock im kommenden Winter wird nur umso größer.

(-/3.11.1983/ks/rs)

+ + +



Hilfe für die Weinwirtschaft?  
-----

Die Winzer sehen ihre Interessen von der Bundesregierung nicht mehr hinreichend vertreten

Von Gudrun Weyel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Bericht, den die Bundesregierung im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Antrag der SPD-Abgeordneten zur gegenwärtigen Lage der deutschen Weinwirtschaft gegeben hat, weist als wesentliche Ursachen für die schwierige Situation der Winzer in diesem Jahr neben den hohen Erntemengen 1982 und 1983 die Erhöhung der Anbauflächen sowohl in der Bundesrepublik wie in der EG aus, verbunden mit der Erhöhung der Erträge je Hektar. Einer Erhöhung des Angebots innerhalb der EG steht eine Verringerung des Verbrauchs gegenüber.

Es erweist sich aber wie in früheren Jahren quantitativ überdurchschnittlicher Erträge, daß die Situation in den einzelnen Weinbaugebieten der Bundesrepublik sehr unterschiedlich ist. Entscheidend ist die Frage, ob genügend Lagerraum für die neue Ernte zur Verfügung steht. Hier zeigt sich, ob die Bundesländer, aber auch die Erzeuger selbst die Möglichkeit vorbeugender Maßnahmen nach den Erfahrungen etwa des Jahres 1973 genutzt haben. Dort, wo die Lager vorwiegend in der Hand des Weinhandels sind, wird die Nutzung nicht in erster Linie nach dem Bedarf der Erzeuger betrieben, sondern nach dem Interesse des Handels. Das führt nach den knappen Ernteergebnissen der Jahre 1980/81 zu der Situation, daß zum Teil erhebliche Lagerbestände von Weinen ausländischer Herkunft bestehen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ersucht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß innerhalb der EG wie der Bundesrepublik Deutschland ein wirksamer Anbaustopp zur Verhinderung einer weiteren Rebflächenzunahme durchgeführt wird. Dem ist zuzustimmen, die Wirkung ist aber nur langfristig möglich. Zur Behebung der jetzigen Schwierigkeiten trägt diese Maßnahme nicht bei. Der Vorschlag der Koalitionsfraktionen, den Weinhandel mit Drittländern einzuschränken, ist angesichts einer Importmenge von zwei Millionen Hektoliter bei einer Gesamtproduktion von 140 Millionen Hektolitern in der EG nicht wirksam, schädigt andererseits den Export deutscher Qualitätsweine und wird daher von den SPD-Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt. Interessant ist dieser Antrag aber deshalb, weil diejenigen, die immer den Markt als Heilmittel für wirtschaftliche Schwierigkeiten anpreisen, bei Schwierigkeiten Einschränkung des Marktes empfehlen.

Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, sofortige Hilfsmaßnahmen zu treffen, um den Winzern in den notleidenden Anbaugebieten zu helfen. Sie empfiehlt die Nutzung der Möglichkeit freiwilliger Destillation, verweigert aber die Antwort auf die Frage nach der Abnahme des Destillate. Sie empfiehlt, die Werbung für Wein deutscher Herkunft zu verstärken.

Muß man sich dann eigentlich wundern, daß die Winzer sich nicht mehr hinreichend vertreten fühlen?  
(-/3.11.1983/ks/rs)

\* \* \*



D O K U M E N T A T I O N

Die Bonner Außenpolitik unter dem Einfluß von Strauß

-----  
Zitate, die die Selbstaufgabe der Regierung Kohl/Genscher auf diesem Gebiet belegen

Die offenkundige Konfusion und Widersprüchlichkeit in den Stellungnahmen der Bundesregierung zum Fall Grenada dokumentiert der folgende Beitrag von SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement.

Die Bonner Außenpolitik ist unter den Einfluß des CSU-Vorsitzenden Strauß geraten. Offenkundige Widersprüche sind die ersten Anzeichen eines Bruchs der bisherigen Linie der Bundesregierung, wie insbesondere der Fall Grenada zeigt. Der Versuch von Außenminister Genscher, Distanz zu dem amerikanischen Schritt zu gewinnen, der das Völkerrecht brach und die Konsultationsmechanismen im westlichen Bündnis außer Kraft setzte, ist nach dem Machtwort aus München gescheitert. Entgegen den Versuchen des Außenministers, wenigstens Prinzipienkontinuität in der Außenpolitik zu wahren, lenkte Bundeskanzler Kohl nach der Strauß'schen Kritik an der Haltung der Bundesregierung ein und sprach in Tokio von "Verständnis" für die amerikanische Intervention. In Bonn sekundierte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Werner Marx (CDU), indem er in der amerikanischen Intervention keinen Verstoß gegen das Völkerrecht mehr sieht. Es ist verblüffend, daß in einem solch sensiblen Bereich, der Außenpolitik, Regierungsmitglieder und die sie tragenden Parteien wie Dominosteine purzeln, wenn die amerikanische Regierung Reagan und der bayerische Ministerpräsident das wollen. Die Regierung Kohl/Genscher ist außenpolitisch nicht mehr Herr ihrer Handlungen. Dieser nicht mehr ein Unfall zu nennende Unfall der deutschen Außenpolitik hat sich vor der Öffentlichkeit innerhalb weniger Tage vollzogen.

Im folgenden dokumentieren wir mit Original-Zitaten die außenpolitische Selbstaufgabe der Regierung Kohl/Genscher:

26. Oktober 1983 Regierungssprecher Boenisch:

"Hätte es eine vorherige Konsultation gegeben, so hätten wir abgeraten."

27. Oktober 1983 Bundesaußenminister Genscher:

"..., daß wir, hätten wir dazu Gelegenheit gehabt, von dieser Intervention abgeraten hätten, weil wir überall für politische und gegen militärische Konfliktlösung eintreten."

27. Oktober 1983 Dr. Stercken, CDU/CSU:

"Unsere Hoffnung und unser Rat können nur sein, trotz aller Formallegitimation die Invasion alsbald zu beenden und die Souveränität Grenadas wiederherzustellen ... Wenn eine Demokratie einen Fehler macht, kann gerade sie ihn auch korrigieren."

27. Oktober 1983 Dr. Abelein, CDU/CSU:

"Wir stehen zu unseren Prinzipien des Völkerrechts, zu denen auch das Verbot einer gewaltsamen Intervention gehört. Wir sind der Meinung, daß politische Lösungen für die schwierigen Probleme des karibischen Raumes die adäquaten Lösungen sind. Dennoch, wenn auch keine Billigung dieser amerikanischen Intervention zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen werden soll, gewisse Erfahrungen der Amerikaner kann man als objektiver Beobachter der Zeitgeschichte nicht völlig außer Acht lassen."

29. Oktober 1983 Strauß:

"Die Europäer dürfen ihre Aufgaben nicht immer darin sehen, diesem Partner bei der Verteidigung seiner Interessen in den Arm zu fallen. Und sie haben ihm schon gar nicht Belehrungen zu erteilen."



29. Oktober 1983 Strauß:

"Deshalb müssen wir auch Verständnis haben, wenn die Amerikaner in einem für sie lebenswichtigen und außerordentlich empfindlichen Bereich der sowjetisch-kubanischen Machtexpansion einen Riegel vorschieben,... die Amerikaner müssen es als Hohn empfinden, wenn im Bundestag davon die Rede war, wir hätten eine politische Lösung suchen müssen statt einer militärischen Lösung."

31. Oktober 1983 laut dpa erklärt Regierungssprecher Jürgen Sudhoff die Haltung der Bundesregierung als "Augenblicksbewertung", die nicht als "Verurteilung der USA" angesehen werden dürfe. Die Bundesregierung habe das Vorgehen der Vereinigten Staaten "niemals verurteilt".

31. Oktober 1983 Streibl, CSU:

Es geht nicht an, daß die Bundesrepublik weiterhin den Schutz der USA fordere, ihnen andererseits aber das Recht abspreche, "die Freiheit anderer Länder, ja sogar die urchigsten amerikanischen Sicherheitsinteressen zu verteidigen."

1. November 1983 der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Werner Marx: Ein Vergleich mit Afghanistan sei "sachlich völlig abwegig". Der "militärische Eingriff ist schließlich auf Ersuchen des Gouverneurs von Grenada und anderer karibischer Staaten erfolgt, die mit Grenada befreundet sind".

1. November 1983 Jürgen Möllemann, Staatsminister im Bundesministerium des Auswärtigen: "Diese Bewertungen, die der Bundesaußenminister im Plenum des Deutschen Bundestages vortragen hat, die nicht nur besagt, man habe uns nicht kontaktiert oder befragt, und hätte man uns befragt, dann hätten wir abgeraten, sondern die auch besagt, daß wir, weil wir eben gegen jede Art von Intervention von außen sind, erwarten, daß alle fremden Truppen schnell abgezogen werden, und daß das Selbstbestimmungsrecht für das Volk von Grenada praktiziert werden kann, diese Erklärung war die Erklärung der Bundesregierung und nicht die des Bundesaußenministers. ... Es ist eine Aufgabe, gerade unter Freunden, sich deutlich auf Fehlverhaltensweisen hinzuweisen, wenn man sie als solche empfindet. Freundschaft verkommt zur Kumpanei, wenn man unter Freunden nicht offen miteinander redet."

2. November 1983 Bundeskanzler Kohl äußerte nach Zeitungsberichten (Welt) "Verständnis" für die Gründe und Hintergründe des militärischen Eingreifens der Vereinigten Staaten. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), interpretierte laut Welt: In der deutschen Sprache sei "Verständnis" nicht gleichbedeutend mit "Einverständnis".

2. November 1983 Werner Marx, CDU:

"Damit steht fest, daß es sich bei der amerikanischen Antwort nicht um einen Vorstoß gegen das Völkerrecht handelt, sondern um die Erfüllung des dringenden Wunsches von Verbündeten und Nachbarn."  
(-/3.11.1983/ks/rs)

+ + +

